

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 14

Artikel: Der subventionierte Dollar

Autor: Schmidt, Ern / Stankovi, Slobodan

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076971>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der subventionierte Dollar

Zur gleichen Zeit, da in Jugoslawien die Hochwasserfluten der Wirtschaft noch nicht abschätzbares Schaden zufügten, befasste sich in Belgrad das Zentralkomitee der Partei mit den noch schwerer einzuschätzenden Schäden, die der gleichen Wirtschaft durch eine falsche Konzeption entstanden sind. Auch hier ist es zu einer unvermittelt scheinenden Krise gekommen, die in der Dinar-Abwertung und einem Reformplan ihren Ausdruck fand. Aber im Unterschied zur Naturkatastrophe ist sie nicht einfach gekommen, sondern wurde verursacht. Die Schwierigkeiten, für Jugoslawien ganz besonders kennzeichnende Schwierigkeiten, waren schon lange da. Sie lassen sich vereinfachend in der berühmten Frage zusammenfassen, die sowohl von parteifreundlicher als auch parteigegnerischer Seite so oft gestellt wird: «Kann man mit dem einen Bein im Kommunismus und mit dem andern Bein im Kapitalismus leben?»

Dass es sich diesmal tatsächlich um eine Krise und nicht einfach um eine der häufigen Diskussionen über bessere Wirtschaftsgestaltung handelte, war nicht nur aus den währungstechnischen Massnahmen erkennbar, sondern auch aus den Alarmrufen, welche die offiziellen Sprecher sowohl vor den Staats- als auch vor den Parteidienstleistungen austiessen. Die bisherigen Richtungskämpfe waren mehr oder weniger unentschieden verlaufen. Noch der letzte Parteikongress vom Dezember 1964 hatte den Vertretern verstärkter Marktwirtschaft so wenig Unrecht gegeben wie den Vertretern verstärkter Planwirtschaft. Die Partei war, gesamthaft betrachtet, unschlüssig: Sollte sie im Mechanismus der Marktwirtschaft eine Bedrohung ihres Monopols und ihrer Disziplin sehen? Oder sollte sie im Gegen teil darin eine Chance sehen, selber eine modernere und populärere Rolle zu spielen? Es handelte sich auf wirtschaftlichem Sektor um das gleiche Problem, das auf politischem Gebiet die Demokratisierung und auf kulturellem Gebiet die Liberalisierung stellte.

Die gegenläufigen Tendenzen in der Partei hielten sich also bis anhin die Waage. Und Tito persönlich schien das gar nicht so unrecht zu sein, konnte das doch seiner eigenen Manövriertfähigkeit nur förderlich sein. Doch die Wirtschaftslage selbst verlangte unterdessen nach Massnahmen, die nicht in zwei entgegengesetzte Richtungen deuten. Und diesmal haben die Reformvorschläge des Zentralkomitees auch eindeutig in eine Richtung gewiesen: in Richtung auf marktwirtschaftliche Verhältnisse. Soweit, sogen. Nur: der «sozialistische», das heisst kommunistische Rahmen bleibt. Und damit bleibt eine Struktur, die den angestrebten Änderungen im Grunde widerspricht.

Die Wirtschaftslage und die damit zusammenhängenden einschneidenden Wirtschaftsreformen kamen sowohl im Parlament (Skupshtina) als auch im Plenum des Zentralkomitees der KP (Bund der Kommunisten Jugoslawiens = BdKJ) zur Sprache. Vor der Nationalversammlung befasste sich Finanzminister Kiro Gligorov am 9. Juni mit diesen Problemen und führte auch Gründe zur inzwischen erfolgten Abwertung des Dinars an (ein Dollar gilt jetzt 1000 Dinar gegenüber 750 Dinar vorher). Nach den Ausführungen des Ministers beträgt das jugoslawische Nationaleinkom-

men pro Kopf und pro Jahr 500 Dollar. Rund 15 Prozent stammen aus dem Außenhandel, dessen Bedeutung in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen wird. Denn der relativ beschränkte Binnenmarkt ist nicht in der Lage, die Erzeugnisse der ansteigenden Industrieproduktion aufzunehmen.

Ein Finanzminister sieht schwarz

Gerade die gegenwärtige Struktur der Industrieproduktion ist aber laut Gligorov nicht gesund. Die angeführten Gründe sind um so interessanter, als sie den «typisch kommunistischen Tendenzen» zum Teil widersprechen. Zu den bestimmenden Merkmalen der kommunistischen Planwirtschaft gehört — oder gehörte wenigstens bis vor kurzem — die einseitige Bevorzugung der Schwerindustrie zum Nachteil der Leichtindustrie und der Konsumgüter. Hier aber wird gerade über umgekehrte Verhältnisse geklagt. Die Basisindustrie, also die Lieferantin von Rohstoffen, Energie und Produktionsmitteln (wie Maschinen) konnte aus Mangel an Investitionsmitteln nicht genügend ausgebaut werden. Dazu sind Elektrizitätserzeugung und Transportsystem chronisch defizitär und können sich nur mit staatlichen Zuschüssen erhalten. Auch ein bedeutender Teil der Rohstofffabriken erreicht knapp die Rentabilitätsgrenze und wirkt keinen Gewinn ab. Anderseits aber ist die Verarbeitungsindustrie, die auf diese Schlüsselbetriebe aufbaut, weitgehend erweitert worden, obwohl unter den gegebenen Umständen die Voraussetzungen dazu nicht gegeben waren.

Soll nun die Kapazität der Verarbeitungsindustrie ausgenutzt werden, sind erhebliche Mengen von Rohstoffen einzuführen. Der Import erfolgt zu einem Verrechnungskurs von 800 bis 900 Dinar pro Dollar. Da aber im vergangenen Jahr jeder einzelne Dollar dem Staat 1055 Dinar gekostet hat, kommt es zur widersprüchlichen Situation, dass der Staat jeden für den Rohstoffimport eingesetzten Dollar mit 150 bis 200 Dinar subventioniert.

Wäre also Jugoslawien besser beim kommunistischen Grundsystem geblieben, das Priorität der Schwerindustrie vorsah? Ein Vergleich mag zeigen, dass es nicht um diese Frage geht. Die Schweiz etwa als typisches

Verarbeitungsland lebt gerade von der Differenz zwischen den eingeführten Rohstoffen und den ausgeführten Fertigprodukten. Im Unterschied zu uns aber ist die jugoslawische Verarbeitungsindustrie an Normen festgebunden, die mit ihrer eigenen Rentabilitätsrechnung nicht identisch ist. Sie muss festgesetzte Mengen Rohstoffe zu festgesetzten Preisen kaufen, einen quantitativen Produktionsplan einhalten und ihre Fertigwaren auf dem Binnenmarkt zu Vorschriftpreisen abliefern. Ob sie in diesem Rahmen dann noch Profit abwirft, ist eine zweite Frage. Sie stellt sich spätestens beim Export, weil dort die staatliche Preisregulierung nicht mehr gilt. Dann muss der Staat schlimmstenfalls die Ausfuhr subventionieren, um sie auf dem Auslandsmarkt konkurrenzfähig zu gestalten. So zahlt er für ausländische Devisen drauf, wie oben ausgeführt, wiewohl er jetzt lieber sähe, dass die planwirtschaftlich orientierte Industrie einen marktwirtschaftlichen Gewinn einbringen würde. Eben: ein Bein im Kommunismus, ein Bein im Kapitalismus ist schwierig.

An den bisherigen Investitionen hatte der Finanzminister ebenfalls einiges auszusetzen. Sie sind nach seiner Darstellung zum Teil «unzweckmäßig» durchgeführt worden. Dazu hat gerade der staatlich finanzierte Export seinen Beitrag geleistet, weil er auch solche Investitionen als rentabel erscheinen liess, die es tatsächlich nicht waren und für die Betriebe nur vermehrte Produktionskosten bedeuteten, was ihre Konkurrenzfähigkeit automatisch verhinderte.

Das Programm

Die geplanten Wirtschaftsreformen standen am zweiten Plenum des Zentralkomitees am 17. Juni zur Diskussion. Sprecher war der Wirtschaftsbeauftragte des Politbüros, Mijalko Todorovic. Seiner programmatischen Rede waren insbesondere die folgenden Punkte zu entnehmen:

1. Der gegenwärtige Preisstopp soll schrittweise abgebaut werden.

2. Der staatliche Dirigismus, die administrativen Eingriffe in die Wirtschaft sind restlos zu eliminieren. Die Selbstverwaltung der Betriebe muss gestärkt werden. Aus diesem Grund wird allen politischen Organen jedes Verfügungsberecht über die Investitionsfonds entzogen.

3. Der extensive Wirtschaftscharakter (Ausbau durch vermehrte Arbeitskräfte statt durch vermehrte Arbeitsproduktivität) ist zu ändern. Auch sind Zollprotektionismus und andere künstliche Schutzmaßnahmen fallen zu lassen. Nur wenn sich die jugoslawische Industrie im internationalen Konkurrenzkampf bewährt, kann man mit einer stabilen, konvertierbaren Währung sowie einem festen, bedarfsgerechten Binnenmarkt rechnen. Auch der interne Absatz mangelhafter Produkte darf nicht durch administrative Eingriffe gefördert werden.

Es ist schon ein anerkennenswerter Schritt, diese Forderungen formuliert zu haben. Aber verwirklicht sind sie damit noch nicht. Todorovic selbst wies darauf hin, dass es sich

um eine «äusserst schwere und komplexe Aufgabe» handelt. Vor allem werden die Reformen empfindliche Änderungen im gegenwärtigen Preisgefüge zur Folge haben. Die Verteuerung von Rohstoffen, Importwaren und Dienstleistungen werden zusammen mit den steigenden Löhnen viele Betriebe in eine heikle Lage bringen. Aber laut Todorovic darf man ihnen nicht mit Privilegien zu Hilfe kommen. Denn Übergangskredite und andere Unterstützungen an Betriebe, die wegen ihrer Rückständigkeit oder Schwäche nicht bestehen können, würden die Misere nicht abschaffen, sondern nur verschieben. Die jugoslawische Wirtschaft könnte es sich einfach nicht leisten, so führte der ZK-Sprecher aus, den Schinken in Grossbritannien um 10 bis 15 Prozent billiger zu verkaufen als die Dänen, das Obst in Wien und München um 10 bis 20 Prozent billiger als die Italiener und so weiter, nur weil die Qualität der Produkte schlechter sei als die der westlichen Konkurrenten.

Im übrigen wandte sich Todorovic auch gegen das, was er Lohndemagogie nennt. Nämlich gegen die Tendenz, die Löhne schneller steigen zu lassen als die Warenproduktion, was nur der Inflation Vorschub leiste. Hier hielt sich der ZK-Sprecher an eine allgemein verbreitete (wenn auch nicht unbedingt allgemein bekannte) kommunistische These, wonach die Löhne nie schneller steigen dürfen als die Arbeitsproduktivität (sofern es sich nicht etwa um kapitalistische Länder handelt, natürlich).

Das Zentralkomitee hat den Ausführungen Todorovics zugestimmt und empfiehlt in seinen Schlussfolgerungen, «die notwendigen Massnahmen auf dieser Linie» zu treffen. Es «erwartet», dass Staatsorgane und Volksvertretungen innert nützlicher Frist entsprechende Entscheide fällen werden. Die Parteimitglieder ihrerseits werden aufgerufen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Reformen so weit und so erfolgreich wie möglich verwirklichen zu helfen.

Massnahmen

Um die Reformen zu verwirklichen, sind eine Reihe von Massnahmen bereits eingeleitet worden, oder stehen unmittelbar bevor:

1. Neues Banksystem: Es wurde vor kurzem angenommen und bildet eine der Grundlagen für weitere Reformpläne. Es soll einerseits dazu dienen, die Preise zu stabilisieren, und andererseits dazu, eine wirtschaftliche Basis zur Kreditgewährung zu schaffen.

2. Abwertung des Dinars: Sie ist bereits erfolgt (siehe weiter oben) und war unausweichlich geworden, nachdem bereits einige Auslandsbanken (so Österreich) keine Dinar mehr annahmen.

3. Neue Grundlage zur Preisbestimmung: Hier gilt eine freie Preisbildung nach Angebot und Nachfrage zwar als Tendenz, doch sind offensichtlich Übergangsmassnahmen beabsichtigt, die das gegenwärtige System am vollständigen Zusammenbruch hindern sollen.

4. Neues Planungssystem: Obwohl dieser Begriff offiziell und offiziös vielfach verwen-

det wird, lässt sich schwer erkennen, was nach Meinung der jugoslawischen Führung damit gemeint oder nicht gemeint ist. Die Frage ist die: Wie weit ist Planwirtschaft innerhalb einer Marktwirtschaft möglich? Dem Zögern der Politiker steht die immer lauter werdende Forderung akademischer Kreise entgegen, die Planwirtschaft ganz einfach zusammenfallen zu lassen.

5. Neue Verteilungsgrundlage: Im Bestreben, die Betriebe auf eigene Füsse zu stellen, erhalten sie die Freiheit, ihr Budget selber aufzustellen. Die betriebsinterne Finanzpolitik wird steuerpolitisch begünstigt.

6. Volle Verantwortlichkeit der Unternehmen: Das ist die Kehrseite der betrieblichen Freiheit. Nur gewinnabwerfende Unternehmen sollen überleben dürfen. Namentlich haben die sogenannten «politischen Betriebe» zu verschwinden. Dieser Punkt wird schwer durchzusetzen sein, da sich in den wirtschaftlich schwach entwickelten Gebieten (wie Mazedonien, Montenegro, Bosnien und Herzegovina) der Ruf nach Vergünstigungen und Schutzmassnahmen erhebt.

7. Zusammenschlüsse: Betriebe sollen nur noch auf freiwilliger Grundlage verschmolzen werden. Das geht vor allem gegen die Praxis politischer Behörden, defizitäre Unternehmen dadurch zu retten, dass sie einem andern Betrieb einverleibt wurden.

8. Landwirtschaftspolitik: Hier sollen die Kollektivwirtschaften so weit als möglich vom Staat losgelöst und rentabel gemacht werden. Dagegen ist keine Änderung im Größenverhältnis von Kollektivgütern und Privatland geplant. Man will weder Zwangskollektivierung noch Reprivatisierung.

Und der RGW?

Sowohl die Richtlinien als auch die meisten der getroffenen oder beabsichtigten Massnahmen können mit dem Adjektiv «liberal» versehen werden. Dies geschieht übrigens zur gleichen Zeit, da sich die jugoslawische Wirtschaft stärker als bisher auf die Sowjetunion und die europäischen Volksdemokratien ausrichtet. Der Anteil Westeuropas am jugoslawischen Außenhandel sank in den ersten fünf Monaten dieses Jahres von

über 50 Prozent auf 36 Prozent, während umgekehrt der osteuropäische Anteil von 25 auf 40 Prozent stieg. Das mag unter anderem mit der Devisenknappe zusammenhängen, ist aber sicherlich zuerst eine Folge der verstärkten Bindung Jugoslawiens an die osteuropäische Wirtschaftsorganisation Comecon oder RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe). Jugoslawien arbeitete seit diesem Jahr in verschiedenen RGW-Institutionen mit und ist eine Art assoziiertes Comecon-Mitglied geworden.

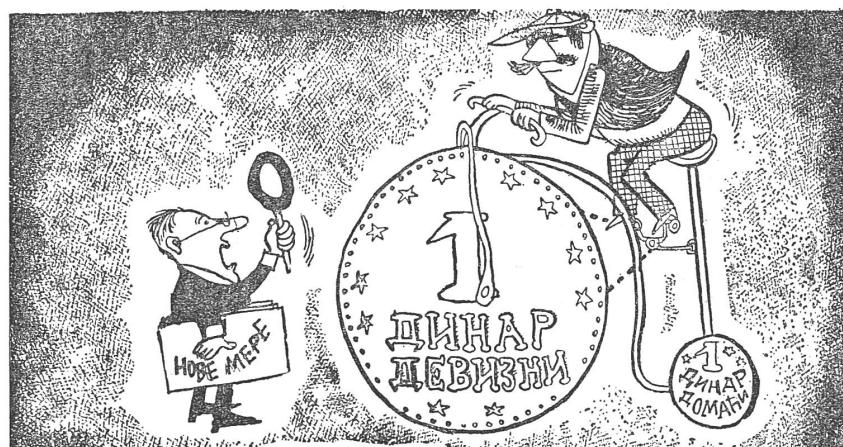
Ist der gleichzeitige Wunsch nach liberalerer Wirtschaft und nach stärkerer Integrierung in eine Organisation planwirtschaftlich regierter Länder widersprüchlich? Jugoslawischerseits scheint man das Mitmachen im Comecon geradezu als Gelegenheit aufzufassen, innerhalb dieser Organisation für möglichst grosse nationale Wirtschaftsselbstbestimmung zu wirken. Der Wirtschaftsexperte Frangesch, ein ausgesprochener Propagandist für den Comecon, erklärte: «Jede nationale Wirtschaft hat das Recht, die Wirtschaftszweige zu entwickeln, für die sie die günstigsten Gegebenheiten hat. Es entspricht einer irrtümlichen Auffassung, wenn man glaubt, Beschlüsse von oben hätten darüber zu befinden, welche (Volkswirtschaftszweige) jedes Land zu entwickeln habe.»

Das sagt Jugoslawien ebenso bestimmt wie Rumänien, und es ist offensichtlich nicht gesonnen, sich vom RGW wirtschaftliche Vorschriften machen zu lassen. (Die Frage einer verstärkten politischen Annäherung an Moskau ist damit natürlich nicht beantwortet.)

Um aber auf die Wirtschaftsreformen zurückzukommen: Sie sind in Richtung auf marktwirtschaftliche Verhältnisse vorgesehen. Aber die Praxis muss zeigen, wie sie sich mit dem planwirtschaftlichen Rahmen vertragen.

Immerhin: Man kann bald den Tag erwarten, da die kommunistischen Länder proklamieren, der Kapitalismus müsse durch das marxistische Gesetz von Angebot und Nachfrage besiegt werden!

Ernö Schmidt und Slobodan Stankovic



Mappe mit Massnahmen gegen den aufgeblähten Devisen-Dinar und den zusammengeschrumpften inneren Dinar: «Aus dem Verkehr mit dem Vehikel». («Jesch», Belgrad.)